

Energie-Control
Rudolfsplatz 13a
1010 Wien

Per E-Mail an: stromkennzeichnung@e-control.at

Kontakt
Mag. Alexandra Herrmann-Weihs

DW
212

Unser Zeichen
Her/PM – 24/2021

Ihr Zeichen

Datum
01.08.2022

Begutachtung

Leitlinie zum gemeinsamen Handel von Strom und Herkunftsnachweisen

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum Begutachtungsentwurf der Leitlinie zum gemeinsamen Handel von Strom und Herkunftsnachweisen.

Einleitend möchten wir festhalten, dass in Österreich die Stromkennzeichnung gegenüber den Endkunden auf einem langjährig gut etablierten System basiert und schon bisher Vorreiter innerhalb der Europäischen Union ist. Insbesondere durch die in Österreich gesetzlich verankerte vollumfängliche Belegung von Stromlieferungen an Endverbraucher mit Herkunftsnachweisen aus erneuerbarer und thermischer Erzeugung, ist ein lückenloser Nachweis gegenüber den Endverbrauchern gewährleistet. Auf Grundlage der gesetzlichen Regelungen erfolgt seit Jahren erfolgreich die praktische Umsetzung der Stromkennzeichnung durch die Lieferanten, unter Beteiligung der Stromhändler, Erzeuger und Netzbetreiber sowie der Kontrolle und Berichterstattung über die Stromkennzeichnung in Österreich durch die Wirtschaftsprüfer bzw. gerichtlich beeideten Sachverständigen aus dem Gebiet der Elektrotechnik etc. und die nationale Regulierungsbehörde E-Control.

Unsere wesentlichen Kritikpunkte und Forderungen sind:

- Einleitend möchten wir wiederholen, dass dem Prüfgorgan (s. Wirtschaftsprüfer bzw. gerichtlich beeideten Sachverständigen aus dem Gebiet der Elektrotechnik etc.) weiterhin die zentrale Kontrollfunktion bei der Beurteilung der gesetzeskonformen Erstellung der Dokumentation der Stromkennzeichnung, insbesondere auch hinsichtlich des Ausweises des Ausmaßes des gemeinsamen Handels von Strom und Herkunftsnachweisen, zukommen soll. Wir begrüßen daher ausdrücklich die Berücksichtigung der etablierten Prozesse mit den externen Prüfgorganen bei der Belegung des Ausmaßes des gemeinsamen Handels von Strom und Herkunftsnachweisen im Rahmen der Stromkennzeichnung.

- Weiterhin abgelehnt wird, in der Herkunftsnachweisdatenbank ein eigenes „Flag“ zu hinterlegen, aus dem der gemeinsame Handel von Strom und Herkunftsnachweisen ableitbar ist. Dies ist nicht erforderlich, da die Informationen bereits in der Datenbank vorhanden und auslesbar sind und zudem dadurch ein unverhältnismäßig hoher Aufwand entsteht.
- Nochmals ist zu betonen, dass an sich die Einführung einer Systematik, in der die gesamte Kette bis zurück zum Erzeuger (mit Einsichtnahme in die Portfolios aller Zwischenhändler) nachzuweisen ist, größten rechtlichen Bedenken begegnet und daher mit Nachdruck abgelehnt wird. Es muss ausreichend sein, wenn der direkte Vorlieferant gegenüber dem zur Stromkennzeichnung verpflichteten Endkundenlieferanten den gemeinsamen Handel von Strom und Herkunftsnachweisen in der vorherigen Stufe bestätigt.

Darüber hinaus widerspricht ein zwingender Kraftwerksbezug dem Prinzip des Handels an den Marktplätzen vor Lieferung und würde den Terminmarkt in Österreich noch weiter schwächen. Die Forderung der Zurückverfolgung bis zum Erzeuger widerspricht der Maßgabe der Verschwiegenheit in üblichen Verträgen und würde ebenfalls die etablierten Märkte in Österreich stark schwächen, da dies über Börsen oder Plattformen nicht durchgeführt werden kann.

Weiters gilt es herauszustreichen, dass der verpflichtende Ausweis des Ausmaßes des gemeinsamen Handels von Strom und Herkunftsnachweisen weiterhin als sachlich nicht zur rechtfertigende „Maßnahme gleicher Wirkung“ den freien Warenverkehr in der EU europarechtswidrig beeinträchtigt und daher auch dem Grunde nach abgelehnt wird. Herkunftsnachweise aus anderen EU-Mitgliedstaaten werden nicht rechtfertigbar diskriminiert, die Harmonisierung der Stromkennzeichnung konterkariert, der ausdrücklich von der Richtlinie (EU) 2018/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen (RED II) vorgesehene getrennte Handel von Strom und Herkunftsnachweisen ausgehöhlt und Stromimporte europarechtswidrig behindert. Darüber hinaus wäre eine solche Regelung als technische Vorschrift iSd RL (EU) 2015/1535 bei sonstiger Unanwendbarkeit der Europäischen Kommission vorab zu notifizieren gewesen.

- Die konkrete Nennung von einzelnen oder einer Gruppe von Kraftwerken, wie sie nachstehend im Entwurf mehrfach ausgeführt sind, ist nur im Fall eines direkten Vertrages mit einem Anlagenbetreiber (s. Anwendungsbereiche „Abnahme durch Anlagenbevollmächtigten“ bzw. „Direktbezug bei einem Kraftwerk“) korrekt und sachlich begründbar. Nur in diesen Fällen ist eine „anlagenspezifische“ Betrachtung möglich.

In allen anderen Fällen (s. Anwendungsbereiche „Beschaffung von Strom und Nachweisen von Anlagen im Vertragsverhältnis mit der Ökostromabwicklungsstelle“, „Strombezug am Großhandelsmarkt“ bzw. „Bezug über Strombörsen“) trifft dies nicht zu bzw. widerspricht dies den tatsächlichen Gegebenheiten. In diesen Fällen ist ausschließlich eine „technologiespezifische“ Betrachtung möglich, es muss daher wie in der Vergangenheit bei solchen Geschäftsfällen die ausschließliche Bezugnahme auf einen Primärenergieträger bzw. Technologie (mit Herkunftsland etc.) ausreichend sein. Sollte die Nennung von Kraftwerken auch in diesen Geschäftsfällen gefordert werden, würde dies eine – im vorangestellten Absatz dargelegte – Beeinträchtigung des freien Warenverkehrs in der EU darstellen.

Daher sind die im vorliegenden Entwurf mehrfach dargelegten Unterscheidungen einer „anlagenspezifischen“ oder einer „technologiespezifischen“ Betrachtung von Stromhandelsverträgen dementsprechend anzupassen.

- Die mehrfach vorkommende Formulierung eines „zeitlichen Zusammenhangs“, „zeitlichen Verzugs“ etc. in der Beurteilung des Vorliegens eines gemeinsamen Handels von Strom und Herkunftsnachweisen (s. Anwendungsbereiche – Direktbezug bei einem Kraftwerk – Fallbeispiele – Beispiel 1 und 2, Anwendungsbereiche – Bezug im Großhandelsmarkt – Fallbeispiele – Beispiel 1 etc.) ist unklar und nicht nachvollziehbar. Der Prozess der Generierung von Herkunftsnachweisen weist sowohl bei einem monatlichen, als auch bei einem jährlichen Eintrag der in das öffentliche Netz eingespeisten Erzeugungsmengen einen zeitlichen Versatz auf. Auch bei Fällen, wo es zu einer deutlich späteren Generierung der Herkunftsnachweise kommt (z.B. durch spätere Meldung des Netzbetreibers, spätere An- bzw. Ummeldung etc.), ändert dies nichts an der Qualität oder Aussagekraft, da die Prozesse in der Herkunftsnachweisdatenbank mit ihrem gesetzlichen Auftrag und den Qualitätsüberwachungen die betrügerische und doppelte Verwendung von Herkunftsnachweisen ausschließt. Dies trifft für den gemeinsamen und den getrennten Handel von Strom und Herkunftsnachweisen gleichermaßen zu, wodurch aus der Zeitdifferenz zwischen dem Generierungszeitpunkt und dem Erzeugungszeitpunkt keine kausale Ableitung über eine Zuordnung zu einem dieser Geschäftsfälle möglich ist. Zudem findet die Verwendung der Herkunftsnachweise im Rahmen der Stromkennzeichnung immer mit einem deutlichen zeitlichen Versatz im der Erzeugungs- und Lieferperiode nachfolgendem Jahr statt.
- Die Ausführung eines eigenen Anwendungsbereichs „*Bezug im Konzern*“ sehen wir äußerst kritisch, da sie einer Gleichstellung der Lieferanten zuwiderläuft. Es darf zu keiner Besserstellung für jene Lieferanten kommen, die in einem Konzern mit Erzeugungsgesellschaften eingebettet sind. Es sollten für alle Lieferanten die gleichen Anforderungen gelten wie für die Anwendungsbereiche „*Abnahme durch Anlagenbevollmächtigten*“, „*Direktbezug bei einem Kraftwerk*“ bzw. „*Strombezug am Großhandelsmarkt*“. Darüber hinaus besteht beim Anwendungsbereich „*Bezug im Konzern*“ die Gefahr, dass von Seiten Dritter die pauschale Zuteilung (auch im Nachhinein) nicht als gemeinsamer Handel von Strom und Herkunftsnachweisen angesehen wird.

Unbeschadet zu den einleitenden Anmerkungen nehmen wir zu den einzelnen Bestimmungen des Verordnungsentwurfs wie folgt Stellung:

Zu Allgemeines und Problemstellung

(S. 5, rechte Spalte, dritter Absatz)

Die im Zusammenhang mit der zeitlichen Lieferung einer tatsächlichen Stromlieferung angeführte Formulierung „sowohl kaufmännisch als auch physikalisch“ sehen wir sehr kritisch, da mit dem im Zuge der Liberalisierung des Strommarktes in Österreich im Oktober 2001 eingeführten zonalen Bilanzgruppenmodell (mit u.a. Fahrplansaldierung, „*Kupferplatte*“ etc.) eine Abkehr von der physikalischen Sichtweise vorgenommen wurde und es sich zudem dabei auch nicht um eine rein kaufmännische Betrachtung handelt.

Die Formulierung „sowohl kaufmännisch als auch physikalisch“ ist zu streichen.

Zu Allgemeines und Problemstellung

(S. 6, linke bzw. rechte Spalte, zweiter bzw. erster Absatz)

Die im Zusammenhang mit dem Beispiel des Kraftwerkspools verwendete Formulierung von „*zuvor definierten Wasserkraftwerken*“ sehen wir kritisch, da dies eine Vermischung von anlagen- und technologiespezifischer Betrachtung darstellt und wird daher abgelehnt.

Der Absatz und das Beispiel sind anzupassen, da ein Kraftwerkspool eine rein technologiespezifische Betrachtung darstellt.

Zu Allgemeines und Problemstellung

(S. 6, rechte Spalte, dritter Absatz)

Die Formulierung dieses Absatzes ist sachlich nicht nachvollziehbar, da es, wie nachstehend in der Leitlinie beschrieben, von der konkreten Art und Ausgestaltung des Weiterverkaufs von Strom und Herkunftsnachweisen abhängt, ob die Kriterien des Ausweises für den gemeinsamen Handel erfüllt werden oder nicht. Eine generelle „*Verunmöglichung*“ dieses Ausweises ist sachlich falsch. Zudem ist die Formulierung „*außer es wird nachweislich und zeitnahe auch der dazugehörige Strom weiterverkauft*“ unklar und nicht nachvollziehbar.

Der Absatz ist richtig zu stellen oder zu streichen.

Zu Regelungsgegenstand und Zweck

(S. 7, linke Spalte, zweiter Absatz)

Die Formulierung des Absatzes ist dahingehend unklar, dass daraus nicht ersichtlich ist, wie die Belegung und Überprüfung des Ausweises des Ausmaßes an gemeinsam gehandelten Strom und Herkunftsnachweisen bei Lieferanten mit einer Endverbraucherabgabe unter 100 GWh/a zu erfolgen hat. Die Überprüfung könnte von Seiten der Regulierungsbehörde E-Control oder mittels einer freiwilligen Überprüfung durch ein Prüforgan (s. Sachverständiger aus dem Gebiet der Elektrotechnik, Wirtschaftsprüfer etc.) erfolgen.

Der Absatz ist klarzustellen.

Zu Regelungsgegenstand und Zweck

(S. 7, rechte Spalte, dritter Absatz)

Der beim Begriff „*Herkunftsnachweis*“ verwendete Bezug auf § 5 Abs 1 Z 30 EAG ist sachlich nicht korrekt, da sich dieser nur auf Herkunftsnachweise aus erneuerbarer Erzeugung bezieht, nicht aber auf Herkunftsnachweise aus kalorischer Erzeugung oder hocheffizienter KWK.

Der Verweis ist auf „§ 7 Abs 1 Z 47a EIWOG 2010“ abzuändern.

Zu Regelungsgegenstand und Zweck

(S. 7, rechte Spalte, vierter Absatz)

Die beim Begriff „*Gemeinsamer Handel*“ angeführten Formulierungen der anlagenspezifischen sowie technologiespezifischen Rückverfolgbarkeit sind nicht eindeutig gegeneinander abgrenzbar und nachvollziehbar (s. „*innerhalb ein und desselben Jahres*“, „*hängt es von weiteren Umständen ab*“ etc.).

Die Formulierungen sind klarzustellen und eindeutig auszuformulieren.

Zu Zeitliche Anwendung

(S. 8, linke Spalte, erster Absatz)

Die Formulierung unterscheidet sich von jener des Vorwortes (S. 4 linke Spalte, erster Absatz) und ist ungenauer ausgestaltet.

Die Formulierung ist auf „**erstmalig im Jahr 2024 für das Kalenderjahr 2023**“ abzuändern.

Zu Anwendungsbereiche

(S. 9, linke Spalte, zweiter Absatz)

Die gewählte Formulierung einer Bezugnahme auf ein Vertragsverhältnis mit der Ökostromabwicklungsstelle ist nicht korrekt, da es mehrere Vertragsverhältnisse gibt (s. nach ÖSG 2012 die Förderung mit Einspeisetarif und die Investitionsförderung, nach ÖSG 2012 bzw. EAG die Vergütung nach dem sogenannten „*Marktpreis*“ sowie zukünftig nach EAG die Förderung mit Marktpremie oder die Investitionsförderung).

Die Formulierung ist um den Passus „*Beschaffung von Strom und Nachweisen von Anlagen im Vertragsverhältnis mit der Ökostromabwicklungsstelle über eine Einspeisetarifförderung nach ÖSG 2012*“ zu ergänzen.

Zu Anwendungsbereiche – Beschaffung von Strom und Nachweisen von Anlagen im Vertragsverhältnis mit der Ökostromabwicklungsstelle – Prozess in der Nachweisdatenbank der Regulierungsbehörde

(S. 9, linke bzw. rechte Spalte, dritter bzw. zweiter Absatz)

Die Formulierung „*vom Anlagenbetreiberkonto auf das Konto des Lieferanten*“ ist sachlich nicht korrekt, da die Übertragung auf das Lieferantenkonto gemäß dem Bericht der Kontobewegungen in der Herkunftsnachweisdatenbank direkt von der Ökostromabwicklungsstelle als vorherigen Eigentümer erfolgt.

Die Formulierung ist auf „*vom **Konto der Ökostromabwicklungsstelle** ~~Anlagenbetreiberkonto~~ auf das Konto des Lieferanten*“ abzuändern.

Zu Anwendungsbereiche – Beschaffung von Strom und Nachweisen von Anlagen im Vertragsverhältnis mit der Ökostromabwicklungsstelle – Prozess in der Nachweisdatenbank der Regulierungsbehörde

(S. 9, rechte Spalte, zweiter Absatz)

Die Formulierung „*der es für die Stromkennzeichnung einsetzt*“ ist sachlich nicht korrekt, da es dem Lieferanten in seiner Wahlfreiheit obliegt, diese Mengen für seine Stromkennzeichnung zu verwenden oder nicht. Andernfalls wären sortenreine Stromkennzeichnungen nicht mehr möglich.

Die Formulierung ist auf „*der es für die Stromkennzeichnung einsetzten **kann***“ abzuändern.

Zu Anwendungsbereiche – Beschaffung von Strom und Nachweisen von Anlagen im Vertragsverhältnis mit der Ökostromabwicklungsstelle – Bezugspunkt

(S. 10, linke Spalte, erster Absatz)

Die Formulierung ist unklar, da sich die anlagenbezogene Zuordnung nur auf das Vertragsverhältnis zwischen Anlagenbetreiber und der Ökostromabwicklungsstelle bezieht.

Jenes zwischen der Ökostromabwicklungsstelle und dem Lieferanten, der die gesetzlich zugewiesenen Strom- und Herkunftsnachweismengen übernehmen und bezahlen muss, fehlt hingegen. In der Vertragsbeziehung zwischen der Ökostromabwicklungsstelle (bzw. den Übertragungsnetzbetreibern als deren Vorgänger in der Rolle des Öko-BGV) und dem Lieferanten sind hingegen die Kategorie „Ökostrom“ bzw. „Ökoenergie“ (operativ später dann unterteilt in „Kleinwasserkraft“ sowie „Sonstiger Ökostrom“) angeführt, womit es sich hier um eine technologiebezogene Zuordnung handelt. Zudem sprechen die diesbezüglichen gesetzlichen Regelungen von „zugewiesenen Ökostrom sowie die dazugehörigen Herkunftsnachweise“ (s. § 40 Abs 1 ÖSG 2012), welche ebenfalls keinen Bezug auf Anlagenebene herstellen.

Der Absatz ist zu ergänzen und klarzustellen. Dies gilt auch für den Bezugspunkt im Beispiel 1 der Fallbeispiele.

Zu Anwendungsbereiche – Abnahme durch Anlagenbevollmächtigten

(S. 11, linke Spalte, dritter Absatz)

Die Aussage, dass eine zu einem verspäteten Zeitpunkt erfolgte An- bzw. Ummeldung einer Anlage in der Herkunftsnachweisdatenbank unter Umständen nicht mehr zu einem korrekten Nachweis des gemeinsamen Handels von Strom und Herkunftsnachweisen führen kann, können wir nicht nachvollziehen.

Die vertragliche Regelung und die Vollmacht sind eindeutig, die operative Generierung und Übertragung der Herkunftsnachweise erfolgt immer gegenüber dem Erzeugungszeitpunkt im Nachhinein und mit einem zeitlichen Versatz. Daher ist auch eine spätere An- bzw. Ummeldung der Anlage in der Herkunftsnachweisdatenbank und Generierung von Herkunftsnachweisen kein Grund, dass der gemeinsame Handel von Strom und Herkunftsnachweisen nicht mehr nachgewiesen werden kann.

Ein (selten vorkommender) versehentlich falscher Übertrag auf das Konto des vorherigen Anlagenbevollmächtigten mit einem nachfolgenden korrektiven Übertrag auf das Konto des neuen Anlagenbevollmächtigten erfüllt jedenfalls die Kriterien des Nachweises, da dieser Prozess mit den jeweiligen vertraglichen Regelungen dokumentiert ist und vom Prüforgan nachvollzogen werden kann.

Der zweite Satz des Absatzes ist zu streichen.

Zu Anwendungsbereiche – Abnahme durch Anlagenbevollmächtigten – Prozess in der Nachweisdatenbank der Regulierungsbehörde

(S. 11, rechte Spalte, zweiter und dritter Absatz)

Der Verweis auf die Vollmacht, dass diese in der Regel den gemeinsamen Bezug von Strom und Herkunftsnachweis dokumentiert, ist nicht korrekt. Die Vollmacht gibt dem Anlagenbevollmächtigten die Handhabe, die ihm vertraglich zustehenden Herkunftsnachweise, gleichgültig ob diese gemeinsam oder getrennt vom Strom erworben werden, in der Herkunftsnachweisdatenbank nach deren Generierung auf sein Konto übertragen zu lassen. Die vertraglichen Regelungen zwischen dem Anlagenbetreiber und dem Stromhändler bezüglich den gemeinsamen Handel von Strom und Herkunftsnachweisen sind im Regelfall Teil des Einspeisevertrages.

Die Formulierung ist auf „**Der Vertrag**~~Die Vollmacht~~ bezieht sich in der Regel auf den Bezug von Strom samt den dazugehörigen Herkunftsnachweisen.“ sowie im nachfolgenden Absatz auf „(gemäß Vollmacht ~~bzw. Vertrag~~).“ zu korrigieren.

Zu Anwendungsbereiche – Abnahme durch Anlagenbevollmächtigten – Periodenfaktor für die Stromkennzeichnung

(S. 11, rechte Spalte, vierter Absatz)

Die Anmerkung, dass von Seiten der Regulierungsbehörde auch eine wöchentliche Generierung möglich ist, kann als unklar angesehen werden. Die gesetzlichen Regelungen für die Ausstellung von Herkunftsnachweisen für Strom aus erneuerbaren (s. § 83 Abs 5 EAG) und fossilen (s. § 72 Abs 11 EIWOG 2010) Energiequellen sehen eine monatliche Generierung vor, womit der jeweilige Zeitraum des Ausweises durch den Herkunftsnachweis immer ein Monat beträgt. Zudem halten sich insbesondere die Netzbetreiber, die mehrheitlich die Erzeugungsmengen an die Herkunftsnachweisdatenbank melden, meist an eine monatliche Meldung. Die technische Möglichkeit der wöchentlichen Generierung kann den Eindruck einer Möglichkeit eines kürzeren Zeitraums des Ausweises durch den Herkunftsnachweis erwecken, welcher jedoch rechtlich nicht gedeckt und zudem operativ – insbesondere von den Netzbetreibern – nicht vorgesehen ist.

Die Formulierung „(Anmerkung: Sie kann auch wöchentlich erfolgen, sofern die Mengen der Regulierungsbehörde für die Generierung gemeldet werden; anlagenbezogene Zuordnung).“ ist zu streichen.

Zu Anwendungsbereiche – Direktbezug bei einem Kraftwerk – Prozess in der Nachweisdatenbank der Regulierungsbehörde

(S. 12, rechte Spalte, fünfter Absatz)

In der Formulierung fehlt die Möglichkeit der Übertragung von Herkunftsnachweisen in der Herkunftsnachweisdatenbank über den Anlagenbevollmächtigten. Auch wenn dies ein separater Anwendungsbereich ist, besteht trotzdem die Möglichkeit dieses Prozesses und daher sollte dieser auch angeführt sein.

Änderung der Formulierung auf „Die Herkunftsnachweise werden vom Konto des Anlagenbetreibers auf das Konto des Lieferanten direkt übertragen – entweder automatisiert in der Datenbank, **über den Anlagenbevollmächtigten** oder manuell durch den Anlagenbetreiber.“

Zu Anwendungsbereiche – Direktbezug bei einem Kraftwerk – Periodenfaktor für die Stromkennzeichnung

(S. 13, linke Spalte, erster Absatz)

Die Formulierung ist unklar bzw. entspricht sie nicht der bei der Stromkennzeichnung zulässigen Vorgehensweise, da zum einen sehr wohl die Menge der generierten Herkunftsnachweise der in das öffentliche Netz eingespeisten Strommenge zu entsprechen hat, was durch den Prozess der Generierung von Herkunftsnachweisen betrugs- und doppelverwendungssicher in der Herkunftsnachweisdatenbank gegeben ist. Zum anderen aber können bei der Belegung der an Endkunden gelieferten Menge bei der Stromkennzeichnung diese Mengen vollständig, teilweise oder gar nicht Verwendung finden (s. freie Gestaltung wie z.B. sortenreine Stromkennzeichnung etc.), welches aber allein zur Erreichen der vollständigen Belegung der Endkundenabgabe im Rahmen der Stromkennzeichnung sich automatisch ergeben kann.

Der Absatz ist wie folgt an die Formulierung „Es erfolgt eine Jahresbetrachtung, bei der die Stromabnahmemenge aus dem Kraftwerk den eingesetzten Herkunftsnachweisen aus dem jeweiligen Kraftwerk **vollständig oder teilweise** zu entsprechen hat.“ anzupassen.

Zu Anwendungsbereiche – Direktbezug bei einem Kraftwerk – Fallbeispiele – Beispiel 1 und 2

(S. 13, linke bzw. linke Spalte, dritter bzw. erster und zweiter Absatz)

Die Formulierung „zeitlichem Zusammenhang“ in der Beschreibung des Beispiels 1 sowie die Formulierung „trotz des zeitlichen Verzugs“ in der „Beurteilung gemeinsamer Handel“ im Beispiel 2 ist unklar und nicht nachvollziehbar. Der Prozess der Generierung von Herkunftsnachweisen weist sowohl bei einem monatlichen, als auch bei einem jährlichen Eintrag der in das öffentliche Netz eingespeisten Erzeugungsmengen einen zeitlichen Versatz auf. Auch bei Fällen, wo es zu einer deutlich späteren Generierung der Herkunftsnachweise kommt (z.B. durch spätere Meldung des Netzbetreibers, spätere An- bzw. Ummeldung etc.), ändert dies nichts an der Qualität oder Aussagekraft, da die Prozesse in der Herkunftsnachweisdatenbank mit ihrem gesetzlichen Auftrag und den Qualitätsüberwachungen die betrügerische und doppelte Verwendung von Herkunftsnachweisen ausschließt. Dies trifft für den gemeinsamen und den getrennten Handel von Strom und Herkunftsnachweisen gleichermaßen zu, wodurch aus der Zeitdifferenz zwischen dem Generierungszeitpunkt und dem Erzeugungszeitpunkt keine kausale Ableitung über eine Zuordnung zu einem dieser Geschäftsfälle möglich ist. Zudem findet die Verwendung der Herkunftsnachweise im Rahmen der Stromkennzeichnung immer mit einem deutlichen zeitlichen Versatz im der Erzeugungs- und Lieferperiode nachfolgendem Jahr statt. Die Unterscheidung von Beispiel 1 und Beispiel 2 sind daher sachlich nicht gerechtfertigt.

Die Formulierung „zeitlichem Zusammenhang“ und „trotz des zeitlichen Verzugs“ sind zu streichen und die beiden Beispiele in ein Fallbeispiel zusammenzufassen.

Zu Anwendungsbereiche – Bezug im Konzern

(S. 14, linke und rechte Spalte)

Es darf zu keiner Besserstellung für jene Lieferanten kommen, die in einem Konzern mit Erzeugungsgesellschaften eingebettet sind. Es sollten für alle Lieferanten die gleichen Anforderungen gelten wie für die Anwendungsbereiche „Abnahme durch Anlagenbevollmächtigten“, „Direktbezug bei einem Kraftwerk“ bzw. „Strombezug am Großhandelsmarkt“. Darüber hinaus besteht beim Anwendungsbereich „Bezug im Konzern“ die Gefahr, dass von Seiten Dritter die pauschale Zuteilung (auch im Nachhinein) nicht als gemeinsamer Handel von Strom und Herkunftsnachweisen angesehen wird.

Der Anwendungsbereich „Bezug im Konzern“ ist zu streichen.

Zu Anwendungsbereiche – Bezug im Großhandelsmarkt – Prozess in der Nachweisdatenbank der Regulierungsbehörde

(S. 15, linke Spalte, zweiter Absatz)

Die Formulierung dieses Absatzes ist sowohl inhaltlich, als auch in Bezug auf den von den Verpflichtungen betroffenen Adressatenkreis (s. Broker, Börse, Lieferant, Erzeuger etc.) unklar. Stromhandelsgeschäfte bilden individuelle Sachverhalte ab, die sich aufgrund der Bedürfnisse und Anforderungen der jeweiligen Partner unterscheiden (s. Preis, Qualität,

Granularität, Struktur etc.) und somit nicht der gewählten Terminologie eines „Produkts“ gleichkommen. Es handelt sich bei den Inhalten und vertraglichen Ausgestaltungen dieser Stromhandelsgeschäfte um Geschäftsgeheimnisse, welche auch auf Grund der vertraglichen Vorgaben (s. EFET etc.) nicht veröffentlichbar sind (s. unbeteiligte Dritte etc.). Der Beleg des Sachverhalts des gemeinsamen Handels von Strom und Herkunftsnachweisen ist, wie auch bei Einspeiseverträgen mit Anlagenbetreibern, in den einzelnen Verträgen der Stromhandelsgeschäfte geregelt (s.o.).

Der Absatz ist zu streichen.

Zu Anwendungsbereiche – Bezug im Großhandelsmarkt – Bezugspunkt

(S. 15, linke bzw. rechte Spalte, vierter bzw. erster Absatz)

Die Formulierung „*die tatsächlichen Kraftwerke sind nur aus dem Produktportfolio bekannt*“ und „*müssen aus dem Kraftwerksportfolio des Produktes stammen*“ stehen einander gegenüber. Aus inhaltlicher Sicht ist die zweite Formulierung als korrekt anzusehen.

Die erstgenannte Formulierung ist klarzustellen.

Zu Anwendungsbereiche – Bezug im Großhandelsmarkt – Fallbeispiele – Beispiel 2

(S. 16, linke Spalte, erster Absatz)

Die Formulierung in der Beschreibung des Beispiel 2 „*ohne zeitlichen Zusammenhang*“ ist mit derselben Begründung wie zuvor unter „*Zu Anwendungsbereiche – Direktbezug bei einem Kraftwerk – Fallbeispiele – Beispiel 1 und 2*“ unklar und nicht nachvollziehbar.

Die Formulierung „*ohne zeitlicher Zusammenhang*“ oder das Beispiel 2 ist zu streichen.

Zu Anwendungsbereiche – Bezug über Strombörsen – Prozess in der Nachweisdatenbank der Regulierungsbehörde

(S. 17, linke Spalte, dritter Absatz)

Der in der Formulierung verwendete Verweis auf das Anlagenkonto des Anlagenbetreibers ist nicht korrekt, da bei vergleichbaren Prozessen, wie der Übertrag von Herkunftsnachweisen durch die Ökostromabwicklungsstelle im Rahmen der Zuweisung von Ökostrom an die Lieferanten, dies direkt von der Ökostromabwicklungsstelle durchgeführt wird (s. Ausführung beim Punkt „*Zu Anwendungsbereiche – Beschaffung von Strom und Nachweisen von Anlagen im Vertragsverhältnis mit der Ökostromabwicklungsstelle – Prozess in der Nachweisdatenbank der Regulierungsbehörde*“).

Die Formulierung „*bzw. direkt vom Anlagenkonto*“ ist zu streichen.

Zu Anwendungsbereiche – Bezug über Strombörsen – Bezugspunkt

(S. 17, linke Spalte, fünfter Absatz)

Die Formulierung „*einen direkten Bezug zu einem Kraftwerk*“ ist unklar, da sich die anlagenbezogene Zuordnung nur auf das Vertragsverhältnis zwischen Anlagenbetreiber und der Börse beziehen kann. Jenes zwischen der Börse und dem Lieferanten fehlt hingegen. In der Vertragsbeziehung zwischen der Börse und dem Lieferanten sind hingegen die jeweiligen Produktkategorien angeführt, womit es sich hier um eine rein technologiebezogene Zuordnung handelt, wie es in der nachfolgenden „*Beurteilung*“

*gemeinsamer Handel*⁶ des Beispiels 1 der Fallbeispiele (S 17, rechte Spalte, zweiter Absatz) auch eingeordnet wird.

Der Absatz ist zu ergänzen und klarzustellen.

Zu Bestätigungen über den gemeinsamen Handel in der Nachweisdatenbank

(S. 19, linke Spalte, zweiter Absatz)

Die Formulierung des Absatzes ist dahingehend unklar, dass daraus nicht ersichtlich ist, wie die Belegung und Überprüfung des Ausweises des Ausmaßes an gemeinsam gehandelten Strom und Herkunftsnachweisen bei Lieferanten mit einer Endverbraucherabgabe unter 100 GWh/a zu erfolgen hat. Die Überprüfung könnte von Seiten der Regulierungsbehörde E-Control oder mittels einer freiwilligen Überprüfung durch ein Prüfor gan (s. Wirtschaftsprüfer bzw. Sachverständiger aus dem Gebiet der Elektrotechnik etc.) erfolgen.

Der Absatz ist klarzustellen.

Abschließend sehen wir, auch nach Rücksprache mit Prüfor ganen, im Zusammenhang mit der Umsetzung des Ausweises des Ausmaßes des gemeinsamen Handels von Strom und Herkunftsnachweisen bei der Erstellung und Überprüfung der Stromkennzeichnung sowie der Meldung an die Regulierungsbehörde E-Control einen Abstimmungsbedarf. Dieser richtet sich einerseits an die prozessuale und zeitliche Vorgehensweise sowie andererseits an die notwendigen Anpassungen in der Herkunftsnachweisdatenbank.

Wir ersuchen um Berücksichtigung unserer Stellungnahme und stehen Ihnen für Fragen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Barbara Schmidt
Generalsekretärin